

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Durchaus nicht unzufrieden beendete unsere Kreistagsfraktion die letzte Sitzung des Jahres 2022. Zwei wichtige von uns eingebrachte Anträge (TOPs 10 und 37) wurde von der Mehrheit im Plenum wohlwollend aufgenommen, womit die Kreistagssitzung deutlich anders verlief, als wir es bisher gewohnt waren. Dennoch wurden, wie unter TOP 35, Regelungen getroffen, die schon einmal vorteilhafter für uns waren.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Fraktionsgeschäftsführer
Dietmar Reitemeyer
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6 - Einbringung des Doppelhaushaltes 2023/2024

Wie in den letzten Jahren schon häufiger, wurde diesmal wieder ein Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre vom Landrat eingebracht. Die jährlichen Volumina nähern sich dabei inzwischen einer Höhe von 800 Millionen Euro. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Prognosen für die kommenden Jahre nicht erfreulich seien. Die Rücklagen reichten zwar bis 2026 aus, dann aber könnten Haushaltssicherungskonzepte notwendig werden. Der Schuldenstand, der von Ende 2021 bis Ende 2022 von 42 auf 52 Millionen Euro gestiegen sei, werde in den nächsten Jahren wohl wieder eine dreistellige Millionenhöhe erreichen. Die bereits beschlossenen Investitionsprogramme sollten allerdings unverändert fortgeführt werden. Der Landrat nahm den Bundeskanzler zum Vorbild und sprach von einem „Kommunal-Wumms“, gleichwohl sollten aber keine neuen Investitionen in Angriff genommen werden.

Die Haushaltsberatungen werden Anfang 2023 in den Fachausschüssen erfolgen, DIE LINKE wird wieder mit zahlreichen Haushaltsanträgen insbesondere die Förderung von wichtigen kulturellen und sozialen Einrichtungen unterstützen.

TOP 10 - Unterstützung der Einrichtung einer Kommunalen Antidiskriminierungsstelle

In dem von unserer Fraktion eingebrachten Antrag wurde vorgeschlagen, durch den Landkreis die Einrichtung einer Kommunalen Antidiskriminierungsstelle gemeinsam mit der Stadt Göttingen zu unterstützen. Die Gleichstellungsbeauftragte sollte beauftragt zu prüfen, wie eine solche Stelle eingerichtet werden kann und darüber zu berichten. SPD und Grüne hatten zu unserem Antrag einen Änderungsantrag gestellt, der sich zwar in der Intention nicht wesentlich unterschied, aber die Prüfung durch die Gleichstellungsbeauftragte und nicht durch die Verwaltung (also der Verwaltungsspitze) vorsieht. Eckhard Fascher, der unseren Antrag erläuterte, erklärte die Übernahme des Änderungsantrags, bat zugleich aber um Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten. Für die SPD lobte die Abgeordnete Sterr unseren Antrag und bemängelte, dass im Fachausschuss von Leuten, die nicht betroffen seien, das Argument „kein Bedarf“ geäußert wurde. Demgegenüber sei im Jahr 2020 die Zahl der Anfragen nach Beratung um 70 % gestiegen.

Die CDU ließ von ihrer Kritik allerdings nicht ab und fühlte sich offenbar ganz wohl, im Kreistag damit isoliert zu sein. Sachargumente trug ihr Abgeordneter Bornmann allerdings nicht vor, vielmehr wurde auf finanzpolitischer Ebene polemisiert, die Verwaltung solle „aufgebläht“ werden für etwas, bei dem angeblich kein Bedarf bestehe. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag schließlich angenommen.

TOP 22 - Eintrittspreise im HöhlenErlebnisZentrum Iberger Tropfsteinhöhle

Die Erhöhung der Eintrittspreise wurde zweimal ausführlich im Fachausschuss beraten, wobei in der ersten Ausschusssitzung auch SPD/Grüne Probleme mit der deutlichen Preiserhöhung hatten mit der auch eine ausgeprägte soziale Schieflage einhergeht. Die Verwaltung korrigierte dann lediglich marginal die ursprüngliche Vorlage. Eckhard Fascher lehnte für DIE LINKE die Vorlage ab, da immer noch auch für einkommensschwache Besucher und Familien die Preise erhöht worden sind. Die Gruppe aus SPD und Grünen lobte hingegen die Verwaltung. Schade, viele werden sich einen Besuch nicht mehr leisten können.

TOP 35/36 - Organisation des örtlichen SGB II-Beirates

Bereits im letzten Kreistagsinfo berichteten wir darüber, dass wir mit der nun getroffenen Regelung zur Besetzung des Gremiums nicht einverstanden sind. Der von uns gemeinsam mit den Freien Wählern eingebrachte Änderungsantrag wurde zurückgewiesen, nur die großen Fraktionen dürfen Vertreter entsenden.

TOP 37 - Öffentlichen Personennahverkehr öffentlich machen

Nach den Beratungen in den Fachausschüssen wurde unser zur letzten Kreistagssitzung eingebrachter Antrag (wir berichteten) nun abschließend beraten. Eckhard Fascher wies noch einmal auf die gestiegenen Ansprüche an den ÖPNV hin, auch in Bezug auf den Klimaschutz, wohingegen die privaten Betreiber zunehmend an ihre Grenzen stoßen. SPD-Chef Heinze betonte, dass es nicht nur um Probleme mit den kleinen Privatunternehmen geht, sondern vielmehr mit den Großen. Zwar sei eine Kommunalisierung sicher nicht einfach umzusetzen, die Verwaltung bewerte den Auftrag, eine Prüfung vorzunehmen, aber positiv.

Scharfer ideologischer Gegenwind kam nur von der CDU. Ihr Abgeordneter Arnold bemerkte, dass DIE LINKE „immer noch“ mit Vergesellschaftung zu verbinden sei und malte dementsprechend den Teufel an die Wand. Letztlich wurde unser Antrag mit deutlicher Mehrheit beschlossen.